



Amtsgericht Saarbrücken
Postfach 101552 · 66015 Saarbrücken
54 F 2/23 VU

Herrn
Mark Siegfried Jäckel
Kalkoffenstraße 1
66113 Saarbrücken

**Amtsgericht
Saarbrücken**

- Familiengericht -
Nebenstelle Heidenkopferdell
Bertha-von-Suttner-Straße 2
66123 Saarbrücken
Telefon: 0681/501-05
Telefax: 0681/501-5600

Geschäftsnummer (bitte stets angeben)

54 F 2/23 VU

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
- ohne -

Durchwahl
0681/501-5554

Fax
0681/501-3765

Datum
22.02.2023

Sehr geehrter Herr Jäckel,

in der Familiensache

betreffend
Nicolas Jäckel, geboren am 09.09.2019

erhalten Sie anliegend die Mitteilung gemäß § 251 FamFG nebst Durchschrift des Antrags vom 22.12..2022.

Ferner werden Ihnen in der Anlage die Berechnung des rückständigen Unterhaltes sowie das Hinweisblatt und der anliegende Einwendungsvordruck zugestellt.

Auch bzgl. des Antrags auf Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe wird Gelegenheit zur Stellungnahme binnen 2 Wochen gegeben.

Sprechzeiten
Mo-Fr 08.30 - 12.00 Uhr
Mo, Di und Do 13.30 - 15.30 Uhr
Internetadresse
www.saarland.de/agsb/de/home/home_no_de.html

Parkmöglichkeiten
unmittelbar am Amtsgericht in der Straße Am Kieselhumes auf dem Parkstreifen bzw. auf einem öffentlichen Parkplatz
Öffentliche Verkehrsmittel
Buslinie 107

Bankverbindung
IBAN: DE11 5901 0066 0812 9516 69
BIC: PBNKDEFFXXX

Informationen zum Datenschutz finden Sie im Internetauftritt des Gerichts. Sofern Sie dies wünschen – etwa weil Sie über keinen Zugang zum Internet verfügen –, übersenden wir Ihnen die Informationen schriftlich. Setzen Sie sich deswegen bitte mit uns telefonisch oder per Post in Verbindung.

Mit freundlichen Grüßen

Schelb
Rechtspflegerin

Beglaubigt



Kihm
Justizamtsinspektorin

547# 2/23 VM

Geschäftsnummer des Gerichts
Bei Schreiben an das Gericht bitte stets angeben.

Herrn
Mark Siegfried Jäckel
Kalkoffenstraße 1
66113 Saarbrücken

Sehr geehrte/r Herr Jäckel,

Das Amtsgericht Familiengericht übermittelt Ihnen hiermit die Abschrift eines Antrages, mit dem Sie als Antragsgegner bzw. Antragsgegnerin des Kindes im vereinfachten Verfahren auf Zahlung von Unterhalt in Anspruch genommen werden.

Das Gericht teilt Ihnen auf der folgenden Seite 2 mit, in welcher Höhe nach dem Antrag der Unterhalt festgesetzt werden kann und was Sie in dem Verfahren beachten müssen.

Antrag auf Festsetzung von Unterhalt

- Abschrift -

Ergänzungsblatt zum Antrag auf Festsetzung von Unterhalt

für ein weiteres Kind
- Bitte erst ab Zeile 5 ausfüllen (Name des Kindes) -

Es sind Ergänzungsblätter beigelegt.

| | | | |
|---|---------|---|------------------------------------|
| A Antragsteller/in: | | <input type="checkbox"/> Elternteil im eigenen Namen | |
| <input type="checkbox"/> Kind, vertreten durch: | | <input type="checkbox"/> Elternteil | <input type="checkbox"/> Beistand |
| Vornamen, Name, Anschrift des Elternteils, in dessen Obhut das Kind lebt | | | |
| Vornamen, Name, PLZ, Wohnort des minderjährigen Kindes | | | geboren am |
| Beistand/Verfahrensbevollmächtigter | | | |
| Es wird beantragt, den Unterhalt, den der/die Antragsgegner/in an das Kind zu zahlen hat, im vereinfachten Verfahren wie folgt festzusetzen: | | | |
| Unterhalt nach § 1612a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs veränderlich | | Unterhalt gleichbleibend | |
| beginnend ab | | beginnend ab | € mtl. |
| in Höhe von | Prozent | beginnend ab | € mtl. |
| des Mindestunterhalts der jeweiligen Altersstufe | | beginnend ab | € mtl. |
| Es werden zusätzlich gesetzliche Verzugszinsen ab Zustellung des Festsetzungsantrags in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz aus einem rückständigen Unterhaltsbetrag von | | € beantragt. | |
| Das Kind hat ein monatliches Bruttoeinkommen von: | | €. Belege sind beigelegt | |
| Die kindbezogenen Leistungen (z. B. Kindergeld) erhält: | | <input type="checkbox"/> die Mutter | <input type="checkbox"/> der Vater |
| Die kindbezogenen Leistungen (z. B. Kindergeld) betragen: | | ab | € mtl. |
| Es handelt sich um das gemeinsame Kind. | | ab | € mtl. |
| Für das Verfahren wird Verfahrenskostenhilfe beantragt. Eine Erklärung zu den Voraussetzungen ihrer Bewilligung ist beigelegt. | | Die Beordnung von Rechtsanwalt/Rechtsanwältin | |
| Der/Die Antragsgegner/in wurde zur Erteilung der Auskunft über Einkünfte und Vermögen aufgefordert am: | | wird beantragt. | |
| Er/Sie ist dieser Verpflichtung nicht oder nur unvollständig nachgekommen. | | | |
| Der/Die Antragsgegner/in wurde zur Unterhaltszahlung aufgefordert am: | | | |
| Es wird beantragt, die von dem/die Antragsgegner/in an den/die Antragsteller/in zu erstattenden Kosten (zuzüglich Zinsen) laut zweifach beiliegender Aufstellung festzusetzen auf: | | € | |
| Zwischen Kind und Antragsgegner/in besteht ein Eltern-Kind-Verhältnis. | | | |
| Das Kind lebt mit dem auf Unterhaltsleistung in Anspruch genommenen Elternteil nicht in einem Haushalt und hat für Zeiträume, für die der Unterhalt festgesetzt werden soll, weder Leistungen nach dem Zweiten, Achten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder dem Unterhaltsvorschußgesetz noch Unterhalt von einer verwandten oder dritten Person im Sinne des § 1607 Abs. 2 oder 3 BGB erhalten. Soweit solche Leistungen erbracht worden sind, sind gesetzlich übergegangene Ansprüche auf das Kind treuhänderisch rückübertragen. | | | |
| Über den Unterhaltsanspruch hat bisher weder ein Gericht entschieden noch ist über ihn ein gerichtliches Verfahren anhängig oder ein Vollstreckungstitel (z.B. Beschluss über Unterhalt, Vergleich, notarielle Urkunde, Urkunde vor dem Jugendamt) errichtet worden. | | | |

Ort, Datum

Unterschrift Antragst. / gesetzl. Vertreter / Verfahrensbevollm.

Aufgenommen von (Dienststelle, Name, Unterschrift)

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch hat ein Kind Anspruch auf **angemessenen**, seiner Lebensstellung entsprechenden Unterhalt. Der Unterhalt umfasst den gesamten Lebensbedarf des Kindes einschließlich der Kosten einer angemessenen Vorbildung zu einem Beruf. Der Unterhalt ist monatlich im Voraus zu zahlen.

Von einem Elternteil, mit dem es nicht in einem Haushalt lebt, kann ein minderjähriges Kind, den angemessenen Unterhalt nach seiner Wahl **entweder** in Höhe eines – vorbehaltlich späterer Änderung – **gleichbleibenden Monatsbeitrages** oder **veränderlich als Prozentsatz** des jeweiligen Mindestunterhalts nach § 1612a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verlangen. Der festgelegte Mindestunterhalt ändert sich in regelmäßigen Zeitabständen. Der Mindestunterhalt ist nach dem Alter des Kindes gestaffelt, und zwar für die Zeit bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (**1. Altersstufe**), für die Zeit vom siebten bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres (**2. Altersstufe**) und für die Zeit vom dreizehnten Lebensjahr an (**3. Altersstufe**). Er beträgt:

| vom | bis | 1. Altersstufe, € | 2. Altersstufe, € | 3. Altersstufe, € |
|------------|------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 01.01.2022 | 31.12.2022 | 396,00 | 455,00 | 533,00 |
| 01.01.2023 | | 437,00 | 502,00 | 588,00 |

Der Mindestunterhalt deckt im Allgemeinen den bei einfacher Lebenshaltung erforderlichen Bedarf des Kindes. Im vereinfachten Verfahren ist die Festsetzung des Unterhalts bis zur Höhe des 1,2fachen (120%) des Mindestunterhalts nach § 1612a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässig.

Auf den Ihnen in Abschrift mitgeteilten Antrag kann der Unterhalt wie folgt festgesetzt werden:

| Der zum Ersten jeden Monats zu zahlende Unterhalt kann festgesetzt werden: | | | | |
|---|------------------|--|--|-------------------|
| Vornamen des Kindes | für die Zeit | Veränderlich gemäß dem Mindestunterhalt nach § 1612a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs | | gleichbleibend |
| Nicolas | ab 01.09.2023 | auf 120,0 | % des Mindestunterhalts der 1. Altersstufe | auf € mtl. |
| | ab 01.09.2025 | auf 120,0 | % des Mindestunterhalts der 2. Altersstufe | auf € mtl. |
| | ab 01.09.2031 | auf 120,0 | % des Mindestunterhalts der 3. Altersstufe | auf € mtl. |
| Berücksichtigung kindbezogener Leistungen | | | | |
| Gleichbleibend: Der für das Kind festgesetzte Unterhalt vermindert sich (Betrag mit Minuszeichen) / erhöht sich (Betrag mit Pluszeichen) um anteilige kindbezogene Leistungen wie folgt: | | Veränderlich: (nur bei Kindergeld) | | |
| ab | um € mtl. | <input checked="" type="checkbox"/> a) Der für das Kind festzusetzende Unterhalt vermindert sich um zu berücksichtigendes Kindergeld für ein 1./2./3./4. oder weiteres Kind. Zu berücksichtigen ist das hälftige / volle Kindergeld, derzeit: <div style="text-align: right;">€ 125,00</div> | | |
| ab | um € mtl. | <input type="checkbox"/> b) Der für das Kind festzusetzende Unterhalt erhöht sich um das hälftige / volle Kindergeld für ein 1./2./3./4. oder weiteres Kind, derzeit: <div style="text-align: right;">€</div> | | |
| ab | um € mtl. | | | |
| Der rückständige Unterhalt kann festgesetzt werden für die Zeit | | vom 01.08.2022 | bis 31.08.2023 | auf € 5.023,70 |
| Es werden zusätzlich gesetzliche Verzugszinsen ab Zustellung des Festsetzungsantrags aus einem rückständigen Unterhaltsbetrag | | | | |
| von | | € festgesetzt. | | |

Das Gericht hat nicht geprüft, ob angegebenes Kindeseinkommen schon berücksichtigt ist oder bedarfsmindernd zu berücksichtigen ist.

Wenn Sie **innerhalb eines Monats** nach der Zustellung dieser Mitteilung keine Einwendungen erheben, kann über den Unterhalt in der angegebenen Höhe ein Festsetzungsbeschluss ergehen, aus dem die Zwangsvollstreckung gegen Sie betrieben werden kann.

Einwendungen können Sie erheben **gegen** die Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens. Andere Einwendungen sind nur zulässig, wenn Sie dem Gericht mitteilen, inwieweit Sie zur Unterhaltsleistung bereit sind und dass Sie sich insoweit zur Erfüllung des Unterhaltsanspruchs verpflichten. Den Einwand der Erfüllung können Sie nur erheben, wenn Sie angeben, inwieweit Sie geleistet haben, und entsprechende Belege vorlegen. Den Einwand eingeschränkter oder fehlender Leistungsfähigkeit kann das Gericht nur zulassen, wenn Sie außerdem zugleich Auskunft über Ihre Einkünfte und Ihr Vermögen erteilen und für die letzten 12 Monate Ihre Einkünfte belegen. Beziehen Sie Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, ist es ausreichend, wenn Sie eine Kopie des aktuellen Bewilligungsbescheids beifügen. Erzielen Sie Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, Gewerbebetrieb sowie Land- und Forstwirtschaft, legen Sie als Beleg den letzten Einkommenssteuerbescheid und für das letzte Wirtschaftsjahr die Gewinn- und Verlust-Rechnung oder die Einnahmenüberschussrechnung vor.

Hilfe beim Erheben der Einwendungen leisten Angehörige der rechtsberatenden Berufe, jedes Amtsgericht und gegebenenfalls das Jugendamt. Beim Jugendamt oder Amtsgericht werden die Einwendungen nach Ihren Angaben kostenlos für Sie aufgenommen. Bringen Sie dazu bitte unbedingt die notwendigen Unterlagen und Belege mit.

Mit freundlichen Grüßen


Rechtspfleger/in

| | |
|---|---------|
| Datum dieser Mitteilung | Telefon |
| 17.02.2023 | |
| Anschrift des Gerichts | |
| Bertha- von Suttner-Straße 2, 66123 Saarbrücken | |

66123 Saarbrücken

Geschäftsnummer des Gerichts
Bei Schreiben an das Gericht bitte stets angeben

Mark Siegfried Jäckel
Kalkoffenstraße 1
66113 Saarbrücken Malstatt

Sehr geehrte/r

Das **Amtsgericht-Familiengericht** übermittelt Ihnen hiermit

- die Abschrift eines Antrages, mit dem Sie als **Antragsgegner** bzw. **Antragsgegnerin** des Kindes im vereinfachten Verfahren auf Zahlung von Unterhalt in Anspruch genommen werden,
- beiliegend ein Erklärungsformular (3 fach), auf dem Sie bei dem Gericht Einwendungen erheben können.

Das Gericht teilt Ihnen auf der folgenden Seite 2 mit, in welcher Höhe nach dem Antrag der Unterhalt festgesetzt werden kann und was Sie in dem Verfahren beachten müssen. →

☒ **Antrag auf Festsetzung von Unterhalt**

– Abschrift –

☐ **Ergänzungsblatt zum Antrag auf Festsetzung von Unterhalt**

für ein weiteres Kind
– Bitte ausfüllen erst ab Zeile 5 (Name des Kindes) –

Es sind _____ Ergänzungsblätter beigelegt.

| | | | |
|--|---------------------------------|---|--|
| A Antragsteller/in: | | <input type="checkbox"/> Elternteil, im eigenen Namen | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kind, vertreten durch: | | <input type="checkbox"/> Elternteil | <input checked="" type="checkbox"/> Beistand |
| Vorname, Name, Anschrift des Elternteils, in dessen Obhut das Kind lebt Aleksandra Kasprzak | | | |
| Vorname, Name, PLZ, Wohnort des minderjährigen Kindes Nicolas Jäckel | | | geboren am 09.09.2019 |
| Beistand/Verfahrensbevollmächtigter Jugendamt des Regionalverbandes Saarbrücken als Beistand, 66113 Saarbrücken, Europaallee 11 | | | |
| Es wird beantragt, den Unterhalt, den der/die Antragsgegner/in an das Kind zu zahlen hat, im vereinfachten Verfahren wie folgt festzusetzen: | | | |
| Unterhalt nach § 1612a Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches veränderlich | Unterhalt gleichbleibend | | Soweit unter „beginnend ab“ Unterhalt für die Vergangenheit verlangt wird, liegen die Voraussetzungen, unter denen Unterhalt für die Vergangenheit geltend gemacht werden kann, seither vor. Auf diesen Unterhalt sind seit dem unter „beginnend ab“ bezeichneten Zeitpunkt bis heute gezahlt: € 0,00 |
| beginnend ab 01.08.2022 | beginnend ab | € mtl. | |
| in Höhe von 1 2 0 0 Prozent | beginnend ab | € mtl. | |
| des Mindestunterhalts der jeweiligen Altersstufe | beginnend ab | € mtl. | |
| Es werden zusätzlich gesetzliche Verzugszinsen ab Zustellung des Festsetzungsantrags in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz aus einem rückständigen Unterhaltsbetrag von € beantragt. | | | |
| Das Kind hat ein monatliches Bruttoeinkommen von: 0,00 € . Belege sind beigelegt | | | |
| Die kindbezogenen Leistungen (z.B. Kindergeld) erhält: | | <input checked="" type="checkbox"/> die Mutter | <input type="checkbox"/> der Vater |
| Die kindbezogenen Leistungen (z.B. Kindergeld) betragen: | | ab | € mtl. |
| Es handelt sich um das 1. gemeinschaftliche Kind | | 01.08.2022 | 219,00 |
| | | ab | € mtl. |
| | | 01.01.2023 | 250,00 |
| <input checked="" type="checkbox"/> Für das Verfahren wird Verfahrenskostenhilfe beantragt. Eine Erklärung zu den Voraussetzungen ihrer Bewilligung ist beigelegt. | | Die Beordnung von Rechtsanwalt/Rechtsanwältin wird beantragt. | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Der/Die Antragsgegner/in wurde zur Erteilung der Auskunft über Einkünfte und Vermögen aufgefordert am: | | 22.08.2022 | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Er/Sie ist dieser Verpflichtung nicht oder nur unvollständig nachgekommen. | | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Der/Die Antragsgegner/in wurde zur Unterhaltszahlung aufgefordert am: | | 22.08.2022 | |
| Es wird beantragt, die von dem/der Antragsgegner/in an den/die Antragsteller/in zu erstattenden Kosten laut zweifach beiliegender Aufstellung (zuzüglich Zinsen) festzusetzen auf: | | € | |
| Zwischen Kind und Antragsgegner/in besteht ein Eltern-Kind-Verhältnis. Das Kind lebt mit dem auf Unterhaltsleistung in Anspruch genommenen Elternteil nicht in einem Haushalt und hat für Zeiträume, für die der Unterhalt festgesetzt werden soll, weder Leistungen nach dem Zweiten, Achten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder dem Unterhaltsvorschussgesetz noch Unterhalt von einer verwandten oder dritten Person im Sinne des § 1607 Abs. 2 oder 3 BGB erhalten. Soweit solche Leistungen erbracht worden sind, sind gesetzlich übergegangene Ansprüche auf das Kind treuhänderisch rückübertragen. Über den Unterhaltsanspruch hat bisher weder ein Gericht entschieden noch ist über ihn ein gerichtliches Verfahren anhängig oder ein Vollstreckungstitel (z.B. Beschluss über Unterhalt, Vergleich, notarielle Urkunde, Urkunde vor dem Jugendamt) errichtet worden. | | | |

Zutreffendes ist angekreuzt X bzw. ausgefüllt

Ort, Datum

Saarbrücken, 22.12.2022

Unterschrift Antragst./ gesetzl. Vertreter / Verfahrensbevollm.

REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN

Der Regionalverbandsdirektor
- Jugendamt -

Aufgenommen von (Dienststelle, Name, Unterschrift)

Blatt 2: Abschrift für Antragsgegner/in nach § 251 FamFG

Europaallee 11 | Postfach 10 30 55
66113 Saarbrücken | 66030 Saarbrücken

Berechnung des rückständigen Unterhalts

Zeitraum: 01.08.2022 – 31.08.2023

1. vom 01.08.2022- 31.12.2022

5 Monate

anzurechnendes Kindergeld: 109,50,- €

Altersstufe 1, 120 %

5 (475,20,- € - 109,50,- €) =

1828,50,- €

2. vom 01.01.2023- 31.08.2023

8 Monate

anzurechnendes Kindergeld: 125,- €

Altersstufe 1, 120 %

8 (524,40,- € - 125,- €) =

3195,20,- €

Rückstand:

5023,70,-€

Antragsgegner/in (Vorname, Name, Anschrift):

.....
.....
.....

An das

Amtsgericht-Familiengericht

.....
Postleitzahl, Ort

Geschäftsnummer des Gerichts:

Datenblatt für

Einwendungen gegen den Antrag auf Festsetzung von Unterhalt

– Belege sind in Kopie durchnummeriert beizufügen; Ergänzungen auf Extraseite –

A Ich erhebe Einwendungen gegen den Antrag auf Festsetzung von Unterhalt für:

| Kind | Vorname, Name, Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort) | Geburtsdatum |
|------|--|--------------|
| 1 | | |
| 2 | | |

B Ich erhebe folgende Einwendung: (Auswahlpflicht)

- ☐ Das Verfahren ist nicht zulässig, weil (weiter bei Abschnitt G)
- ☐ Ich bin grundsätzlich bereit, den geforderten Unterhalt zu zahlen und verpflichte mich zur Erfüllung, aber:
(Bei Leistungsunfähigkeit Abschnitt C, bei Zahlungen Abschnitt D und für andere Einwendungen Abschnitt G nutzen.)

C Ich bin teilweise oder vollständig leistungsunfähig:

Dieser Einwand ist nur zulässig, wenn die Abschnitte E (Einkommen) und F (Vermögen) **vollständig** ausgefüllt und die notwendigen Belege beigelegt werden.

- ☐ Ich verfüge weder über Einkommen noch Vermögen, das mir eine Unterhaltszahlung erlaubt.
- ☐ Ich verfüge weder über Einkommen noch Vermögen, das mir eine Unterhaltszahlung in der beantragten Höhe erlaubt. Ich bin bereit, für mein Kind folgenden Unterhalt als gleichbleibenden Monatsbetrag ODER veränderlichen Prozentsatz vom Mindestunterhalt zu zahlen und verpflichte mich in folgender Höhe zur Zahlung:

| ab heute | Monatsbetrag | ODER | Prozentsatz vom Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe |
|-----------------------|--------------------|------|---|
| Kind 1 | € | | % |
| Kind 2 | € | | % |
| Für die Vergangenheit | Gesamtbetrag/Datum | ODER | Prozentsatz vom Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe/Datum |
| Kind 1 | € ab | | % ab |
| Kind 2 | € ab | | % ab |

D Ich habe vom geforderten Unterhalt bereits folgende Beträge gezahlt:

Zum Nachweis füge ich Quittungen, Kontoauszüge oder sonstige Urkunden bei. (Auflistung auf Extraseite möglich)

| | Monatsbetrag | Gezahlt von | bis | (Monat/Jahr) | Beleg |
|--------|--------------|-------------|-----|--------------|-------|
| Kind 1 | € | | | | |
| Kind 2 | € | | | | |

– weiter auf Seite 2 –

E Mein Einkommen:☐ Ich bin berufstätigBeleg
Nummer

bei Arbeitsgeber

und verdiene monatlich
netto

€

Sonderzuwendungen
(z.B. Weihnachtsgeld)

monatlich/jährlich

€

Zum Nachweis füge ich die Verdienstbescheinigungen (auch für Nebentätigkeit) für die letzten zwölf Monate bei.

☐ Ich habe Einkünfte aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb oder aus der Land- und Forstwirtschaft.
Zum Nachweis füge ich bei:Beleg
Nummer

den letzten Einkommenssteuerbescheid UND

für das letzte Wirtschaftsjahr die Gewinn-und-Verlust-Rechnung oder die Einnahmenüberschussrechnung

Nachweise zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Altersvorsorge

☐ Ich beziehe Leistungen nach SGB II (Arbeitslosenhilfe II) oder nach SGB XII (Sozialhilfe).Beleg
Nummer

den vollständigen, aktuellen Bewilligungsbescheid.

☐ Ich bezieheBeleg
Nummer☐ Rente/Pension, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Elterngeld, Wohngeld☐ folgende andere Leistungen:

Zum Nachweis füge ich die Bescheinigungen für die letzten zwölf Monate bei.

☐ Ich habe Einnahmen ausBeleg
Nummer☐ Vermietung/Verpachtung, Kapitalvermögen☐ folgenden anderen Quellen:

Zum Nachweis füge ich die Belege für die letzten zwölf Monate bei.

F Mein Vermögen besteht aus:Bankkonten, Grundeigentum, Bargeld, Lebens- und Rentenversicherungen,
sonstigen Vermögenswerten (z. B. Bausparverträge, Wertpapiere, Beteiligungen, Forderungen, Schmuck, Antiquitäten)☐ Kein
Vermögen☐ Folgendes Vermögen:

Beschreibung der Vermögensgegenstände (Vermögensaufstellung auf Extraseite möglich)

Betrag in €

G Andere Einwendungen, Ergänzungen und AnmerkungenBeleg
Nummer☐ füge ich auf einer Extraseite bei.**H Anzahl der beigelegten Belege:**

Ort, Datum

Unterschrift Antragsgegner/in

Aufgenommen:

Unterschrift/Amtsbezeichnung

Hinweisblatt für die Einwendungen des Antragsgegners im vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger

ab 1. Januar 2023

Worum geht es im vereinfachten Verfahren?

Sie sind als Elternteil nach dem Gesetz zu Kindesunterhalt verpflichtet (§ 1601 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Das vereinfachte Verfahren gibt dem minderjährigen Kind die Möglichkeit, über seinen Unterhaltsanspruch gegen den Elternteil, der nicht mit ihm zusammenlebt, rasch und kostengünstig einen Vollstreckungstitel zu erwirken. Besteht schon ein Unterhaltstitel oder ist ein gerichtliches Verfahren anhängig, kann das vereinfachte Verfahren nicht genutzt werden.

Was geschieht im vereinfachten Verfahren?

In dem Verfahren setzt das Gericht den Unterhalt auf Antrag in einem Beschluss fest. Aus dem Beschluss kann gegen Sie die Zwangsvollstreckung betrieben werden, wenn Sie den Unterhalt nicht, nicht vollständig oder nicht pünktlich zahlen.

In welcher Höhe kann die Festsetzung des Unterhalts im vereinfachten Verfahren beantragt werden?

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch hat ein Kind Anspruch auf angemessenen, seiner Lebensstellung entsprechenden Unterhalt. Der Unterhalt umfasst den gesamten Lebensbedarf des Kindes einschließlich der Kosten einer angemessenen Vorbildung für einen Beruf. Die Höhe des Unterhalts, den das Kind verlangen kann, hängt auch davon ab, wie hoch Ihr Einkommen ist.

Das Kind kann den Unterhalt nach seiner Wahl als **gleichbleibenden** Monatsbetrag oder **veränderlich** in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Mindestunterhalts nach § 1612a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verlangen.

Der Mindestunterhalt ist in § 1612a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nach dem Alter des Kindes gestaffelt, und zwar für die Zeit bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (**erste Altersstufe**), die Zeit vom siebten bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres (**zweite Altersstufe**) und für die Zeit vom 13. Lebensjahr an (**dritte Altersstufe**). Diese Beträge werden alle zwei Jahre durch Rechtsverordnung festgelegt. Der Mindestunterhalt minderjähriger Kinder im Sinne des § 1612a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs beträgt ab dem **1. Januar 2023**:

| 1. Altersstufe | 2. Altersstufe | 3. Altersstufe |
|----------------|----------------|----------------|
| 437 € | 502 € | 588 € |

Die Mindestunterhaltsbeträge legen fest, was für den Unterhalt des Kindes bei einfacher Lebenshaltung erforderlich ist. Die Grenze, bis zu der die Festsetzung im vereinfachten Verfahren statthaft ist, ist auf das 1,2 fache (120%) des Mindestunterhalts vor Abzug des (hälftigen oder vollen) Kindergeldes oder vergleichbarer kindbezogener Leistungen (§§ 1612b, 1612c des Bürgerlichen Gesetzbuchs) festgelegt worden. Derzeit sind das entsprechend der Altersstufe des Kindes also **525 €, 603 € oder 706 €**. Ein höherer Unterhaltsanspruch kann nur in einem regulären Unterhaltsverfahren geltend gemacht werden.

Wenn Sie nicht innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Antrags Einwendungen erheben, ergeht über den Unterhalt in der angegebenen Höhe ein Festsetzungsbeschluss, aus dem der Unterhalt durch Zwangsvollstreckung gegen Sie begetrieben werden kann.

– weiter auf Seite 2 –

Wie können Sie sich gegen die Festsetzung von Unterhalt wehren und Einwendungen erheben?

Das Gesetz sieht nur unter ganz engen Voraussetzungen vor, dass Einwendungen von Ihnen als Antragsgegner im vereinfachten Unterhaltsverfahren berücksichtigt werden können.

Möglich sind **Einwendungen gegen die Zulässigkeit** des vereinfachten Unterhaltsverfahrens. Dies können folgende Einwendungen sein:

- Das Kind ist älter als 17 Jahre.
- Das Kind lebt in Ihrem Haushalt.
- Zwischen Ihnen und dem Kind besteht kein rechtliches Eltern-Kind-Verhältnis.
- Es besteht bereits ein Unterhaltstitel oder ein gerichtliches Verfahren ist anhängig.
- Der beantragte Unterhaltsbetrag ist höher als 120 Prozent des Mindestunterhalts.

Andere Einwendungen sind grundsätzlich nur zulässig, wenn Sie zugleich erklären, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Sie zur Unterhaltsleistung bereit sind und sich insoweit zur Erfüllung des Unterhaltsanspruchs verpflichten.

Den **Einwand, den Unterhalt ohne Gefährdung des eigenen Unterhalts nicht oder nicht in der beantragten Höhe aufbringen zu können**, lässt das Gericht nur zu und setzt den Unterhalt nur dann nicht in der für das Kind beantragten Höhe fest, wenn Sie:

1. eine Erklärung darüber abgeben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Sie zur Unterhaltsleistung bereit sind und sich insoweit zur Erfüllung des Unterhaltsanspruchs verpflichten,
2. Auskunft über Ihre Einkünfte und Ihr Vermögen erteilen **und**
3. Belege über Ihre Einkünfte in den letzten 12 Monaten vorlegen (z. B. Lohnabrechnung des Arbeitgebers, Einkommensteuerbescheid). Beziehen Sie Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II; Arbeitslosenhilfe II) oder dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII; Sozialhilfe), müssen Sie den aktuellen Bewilligungsbescheid darüber vorlegen. Bei Einkünften aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb sowie aus Land- und Forstwirtschaft sind als Belege der letzte Einkommensteuerbescheid und für das letzte Wirtschaftsjahr die Gewinn- und Verlust-Rechnung oder die Einnahmenüberschussrechnung vorzulegen.

Den **Einwand, bereits Unterhalt gezahlt zu haben**, lässt das Gericht nur zu, wenn Sie:

1. eine Erklärung darüber abgeben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Sie zur Unterhaltsleistung bereit sind und sich insoweit zur Erfüllung des Unterhaltsanspruchs verpflichten,
2. zugleich erklären, welchen Unterhalt Sie geleistet haben **und**
3. entsprechende Zahlungsbelege vorlegen.

Mögliche **andere Einwendungen** können sich richten:

- **gegen den Zeitpunkt**, von dem an Unterhalt gezahlt werden soll oder
- **gegen die Höhe des Unterhalts** (hinsichtlich Altersstufe, Berücksichtigung von Kindergeld).

Diese Einwendungen sind ebenfalls nur zulässig, wenn Sie erklären, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Sie zur Unterhaltsleistung bereit sind und dass Sie sich insoweit zur Erfüllung des Unterhaltsanspruchs verpflichten.

Das beiliegende Datenblatt für Einwendungen soll eine Hilfestellung zur Erhebung von Einwendungen sein. Ergänzungen können Sie auf einer Extraseite mitteilen. Es besteht keine Pflicht, das Datenblatt zu verwenden.

Kommen Sie den beschriebenen gesetzlichen Vorgaben nicht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Antrags an Sie in allen Punkten nach, lässt das Gericht den Einwand unberücksichtigt und setzt den Unterhalt in der für das Kind verlangten Höhe fest. Das Gericht kann Sie auffordern, fehlende Belege nachzureichen. Wenn Sie angeforderte Belege nicht nachreichen, kann dies dazu führen, dass Ihre Einwendungen nicht berücksichtigt werden.

Erheben Sie Ihre Einwendungen korrekt, werden diese Einwendungen dem Antragsteller mitgeteilt und der Kindesunterhalt wird in der Höhe, in der Sie sich zur Zahlung verpflichtet haben, gerichtskostenfrei festgesetzt.

Die Einwendungen und die entsprechenden Anlagen und Belege senden Sie bitte unterschrieben und zweifach an das Gericht. Die Erstschrift bleibt bei Gericht. Die Zweitschrift wird vom Gericht als Abschrift dem Antragsteller übersandt. Sie sollten eine weitere Kopie bei Ihren Unterlagen behalten. Ihre Einwendungen können Sie auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Amtsgerichts aufnehmen lassen.

Wenn Sie eine rechtliche Beratung benötigen, wenden Sie sich bitte an einen Rechtsanwalt oder an eine Rechtsanwältin.